

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Drews/Centgraf

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0203/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Naturschutz und Förderung Biologischer Vielfalt im Stadtraum: Selbstverpflichtung zum Artenschutz

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine Selbstverpflichtung für alle Baumaßnahmen an öffentlichen Gebäuden und in der Grüngestaltung in ihrem Umkreis zu beschließen. Dabei ist auf Brutplätze und Lebensräume von Vögeln, von Insekten wie Wildbienen und Hummeln und von Bodentieren zu achten. Bei Baumaßnahmen ist neben der Vermeidung von Verlusten für den Artenschutz zugleich darauf zu achten, dass neue „Angebote“ geschaffen werden.

Der BVV ist bis zum 30. November 2022 zu berichten.

Begründung:

Der Bezirk Charlottenburg/Wilmersdorf hat in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen, dem Städtebündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ beizutreten, bzw. Berlin für die Gesamtstadt diesen Beitrag nahelegen. Entsprechend hat Berlin im Jahr 2020 diesen Beitritt vollzogen.

Aus ihm erwächst die Verpflichtung, für Naturschutz insbesondere in urbanen und stadtnahen Räumen Sorge zu tragen und sich für Schutz und Förderung von Lebensräumen für Arten und damit der biologischen Vielfalt zu engagieren.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke/Heyne/Beckers

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0219/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Potenzial von Kleinwindkraftanlagen auf öffentlichen Flächen und Gebäudedächern von Charlottenburg-Wilmersdorf ermitteln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine Potenzialanalyse zur Nutzung von kleinen und mittelgroßen Windkraftanlagen auf öffentlichen Flächen und Gebäudedächern im Bezirk für die Energiegewinnung durchführen zu lassen. Die Analyse soll sich zunächst auf Flächen und Gebäude im Besitz der öffentlichen Hand beschränken, eine Kosten-Nutzen-Rechnung beinhalten und klare Aussagen zur Realisierbarkeit inkl. Zeithorizont treffen.

Die Potenzialanalyse soll bis spätestens Juli 2023 abgeschlossen und der BVV zur Kenntnis vorgelegt werden.

Begründung:

Die Nutzung regenerativer Energien im Sinne des Klimaschutzes ist nicht nur im bezirklichen, sondern gesamtgesellschaftlichen Interesse. Die Nutzung von Photovoltaik-Anlagen auf Dachflächen bezirkseigener Liegenschaften hat erfreulicher Weise bereits zugenommen. Ergänzend dazu sind auch kleine und mittelgroße Windkraftanlagen zur Energiegewinnung geeignet. Als Standpunkte kommen hierbei insbesondere bezirkseigene Freiflächen zur Aufstellung von gebäudenahen Masten und vereinzelt hohe Dächer mit freier Anströmung zur dezentralen Objektversorgung in Betracht. Diese Möglichkeiten aufzuzeigen, abzuklären und letztendlich auszuschöpfen, ist Ziel dieses Antrags.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Centgraf/Drews

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0264/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Der "Naturbonus". Bei Bauvorhaben von Paris lernen.

Die BVV möge beschließen:

Die BVV fordert das Bezirksamt auf, das Beispiel des Biodiversitätsplans von Paris 2018-2024 aufgreifend, bei allen öffentlichen Bauvorhaben im Bezirk einen festen Anteil an Kosten für Maßnahmen vorzusehen, die dem Artenschutz dienlich sind. Dieser Kostenanteil soll schrittweise jedes Jahr soweit gesteigert werden, dass er bis zum Jahr 2030 einen Umfang von 1% der Bausumme erreicht. Der BVV ist bis zum 30. November 2022 zu berichten.

Begründung

Bei Bauvorhaben ist es ein guter Brauch, einen Anteil der auflaufenden Kosten für „Kunst am Bau“ vorzusehen. Dieser Brauch kann und sollte auf die Sicherung der Biodiversität am Bau und seinem unmittelbaren Umkreis erweitert werden. Wir können hier dem Beispiel von Paris und seinem laufend fortgeschriebenen und erweiterten „Plan de Biodiversité“ folgen (Gegenwärtig in Geltung für die Jahre 2018-2024). Paris sieht vor, im Jahr 2024 für 50%, im Jahr 2030 für 100% aller öffentlichen Bauvorhaben 1% der Bausumme für Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität zu reservieren: <https://www.paris.fr/pages/un-nouveau-plan-biodiversite-pour-paris-5594>

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke/Beckers/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0268/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Mehr als Schule – Öffnung von Schulgebäuden für Vereine und Nachbarschaft

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Schulen im Bezirk an den Nachmittagen und Wochenenden, an denen weder Unterricht noch andere Schulveranstaltungen stattfinden, für Vereine und nachbarschaftliche Projekte gegen ein entsprechendes Entgelt zu öffnen.

Dadurch entstehenden Mehrkosten (Strom, Heizung, Personal), die nicht durch diesbezügliche Mieteinnahmen gedeckt werden können, sind bei gemeinnützigen Organisationen künftig im Bezirkshaushalt zu berücksichtigen. Hier ist der Bezirk in der besonderen Pflicht, Vereine und Projekte zu unterstützen, die bereits seit Jahren Räumlichkeiten in den verschiedenen bezirklichen Schulen nutzen und damit einen hohen sozialen Beitrag in Charlottenburg-Wilmersdorf leisten.

Begründung

Dass Schulen integrative Räume nicht nur für ihre Schülerinnen und Schüler, sondern auch für die angrenzende Nachbarschaft sein sollen, ist nicht nur in unserem Bezirk, sondern in ganz Berlin politischer Konsens. Vereine, Kunst- und Theaterprojekte, Seniorentreffs etc. brauchen Raum und eine kontinuierliche Förderung durch den Bezirk. Dies gilt insbesondere dann, wenn durch verschärfte wirtschaftliche Bedingungen wie z.B. Energiepreissteigerungen eine Nutzung/Anmietung von privaten Räumen erschwert wird.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Dr. Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0337/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Barrierefreier Zugang zum Rathaus – Fahrstühle endlich in Stand setzen

Das Bezirksamt wird ersucht, dass das Rathaus Charlottenburg-Wilmersdorf als eines der wichtigsten öffentlichen Gebäude des Bezirks unverzüglich auch wieder von der Otto-Suhr-Allee barrierefrei besucht werden kann. Dafür müssen die Fahrstühle

- vom Eingang Otto-Suhr-Allee 98 zum 1. OG sowie
- vom 1. OG (gegenüber der Pforte) in die oberen Stockwerke

schnellstmöglich wieder in Stand gesetzt werden. Die Reparaturarbeiten müssen absolute Priorität genießen und dringend vom Bezirksamt vorangetrieben werden.

Die durchgängige barrierefreie Erreichbarkeit sämtlicher Bereiche des Rathauses Charlottenburg muss dauerhaft sichergestellt werden. Notfallpläne und temporäre Überbrückungsmaßnahmen sind in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat zu erstellen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Seit über einem Jahr ist das Rathaus für Menschen mit eingeschränkter Mobilität nicht von der Otto-Suhr-Allee zugänglich. Das ist ein untragbarer Zustand, der alle mobilitäts-eingeschränkten Menschen besonders hart trifft. Das kann auch durch den Fahrstuhl, der über die Warburg-Zeile erreichbar ist, nicht ausgeglichen werden. Dieser ist für mobilitäts- und sehbehinderte Menschen nur schwer und teilweise über holprige Pflasterung zu erreichen bzw. mangels Beschilderung kaum aufzufinden.